(WÜMME)

# LANDKREIS ROTENBURG

#### DER LANDRAT

Beschlussvorlage Amt für Wasserwirtschaft und Straßenbau Tagesordnungspunkt:		Drucksachen-N Status: Datum:	Ċ	r.: 2011-16/1049 öffentlich 13.05.2015	
Termin	ermin Beratungsfolge:		Abstimmungsergebnis		
11.05.2015 Kreistag		Ja	Nein	Enthalt.	
27.05.2015 Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung					
16.06.2015 Kreisausschuss					
09.07.2015 Kreistag					

### Bezeichnung:

Antrag des Abg. Dr. Damberg vom 22.04.2015: Geplante Fracking-Gesetze und deren Auswirkungen auf die Menschen und die Umwelt

### Sachverhalt:

Der Abg. Dr. Damberg hat am 22.04.2015 den als Anlage beigefügten Antrag zur "Beratung und Information über die von der Bundesregierung und der niedersächsischen Landesregierung geplanten Gesetze zum Fracking" gestellt.

Dieser Themenkomplex ist in der Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung am 25.02. und im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung am 19.03.2015 bereits ausführlich beraten worden. Dem Kreistag wurde die Beschlussfassung einer Entschließung zum "Fracking"-Gesetzentwurf empfohlen (siehe Tagesordnungspunkt 11).

Es ist vorgesehen, dass sich die Arbeitsgruppe Erdgas- und Erdölförderung in ihrer nächsten Sitzung am 01.06.2015 erneut mit dieser Thematik befassen wird.

Zu dem vom Abg. Dr. Damberg in seinem Antrag erhobenen Vorwurf weise ich zur Klarstellung auf Folgendes hin:

Herr Dr. Damberg beantragte am 24. Februar 2015 per E-Mail die Verteilung der Stellungnahme des Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e. V. (BBU) zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Thema Fracking als Tischvorlage in der 9. Sitzung der AG Erdöl- und Erdgasförderung im Landkreis Rotenburg (Wümme) am 25.02.2015.

Von dem Kopieren und Verteilen dieser Stellungnahme (36 Seiten) wurde abgesehen, da die Kurzfassung dieser Stellungnahme bereits am 13.02.2015 mit der Einladung zu dieser Sitzung versandt worden war und eine Tischvorlage mit einem Umfang von 36 Seiten schlichtweg unpraktikabel erschien.

In der 9. Sitzung der AG Erdgas- und Erdölförderung wurde dieser Sachverhalt entsprechend erläutert und die Gesamtstellungnahme des BBU als Anlage zum Protokoll dieser Sitzung am 17.03.2015 versandt (s. a. Protokoll der 9. Sitzung der AG Erdgas- und Erdölförderung zu TOP

## 1 – 3. Absatz).

Die Stellungnahme des BBU ist über das Kreistagsinformationssystem im Internet abrufbar und deshalb nicht erneut beigefügt.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 11.05.2015 mehrheitlich (mehrere Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen) beschlossen, den Antrag zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Planung zu verweisen.

Luttmann